

Inoffizieller Abschiebestop...



Im April 1999 erhängte sich der tamilische Flüchtling Vellupillai Balachandran in der Abschiebehaftanstalt in Moers, nachdem sein Hungerstreik keine Wirkung gezeigt hatte.

ungehörten mehrfachen Appellen der LTTE an die srilankische Regierung, die wahllosen Flächenbombardierungen durch die Militärflugzeuge, die unerträgliches Leid über die tamilische Zivilbevölkerung bringt, einzustellen und den Krieg zu deeskalieren. Im Zusammenhang mit diesem Angriff wurden seit Juli 2001 erneut mehrere hundert Tami- len im Grossraum Colombo verhaf- tet. In einer öffentlichen Stellung- nahme vom 28. August 2001 äusserte amnesty international, dass "die Sicherheitslage für Tami- len in Sri Lanka prekärer ist, als je zuvor" (taz bremen 29.8. 2001), während das Auswärtige Amt zunächst nur eine Reisewarnung an deutsche Urlauber aussprach.

Ungeachtet der verschärften Menschenrechtslage sollte der Tamile Kugananthan schon am 8. August 2001 aus der Abschiebehaft in Bremen nach Sri Lanka abgeschoben werden. Die Abschiebung scheiterte u.a. daran, dass die BGS-Direktion ihre Beamten bei der Begleitung des Tami- len gefährdet sah. Tamilischen Asylsuchenden wurden demnach die Zustände im Bürgerkriegsland Sri Lanka zuge- mutet, den begleitenden BGS-Beamten nicht einmal eine Stippvisite.

Monate später erfuhren wir, dass

das Auswärtige Amt Ende August den Innenministerien aller Bundesländer mitteilte, dass es überprüfe, "ob und inwieweit die jüngste Welle von Gewalttaten die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Sri Lanka verändert habe". Der derzeit gültige Lagebericht des Auswärtigen Amtes, auf dessen Basis überwiegend die Urteile vom Bundesamt und Verwaltungsgerichten in Asylverfahren fussen, wurde zurückgezogen. Dem folgten zahl- reiche interne Mitteilungen des Bremer Innensenats, des Bundes- justizministerium und des Bundesamtes, die für unsere Asylverfahren von entscheidender Bedeutung waren und zu einem Entscheidungsstopp in Asylverfahren bzw. bei Abschie- bungen hätte führen müssen, aber weder uns noch unseren Rechtsan- wälten mitgeteilt wurden. So wur- den im Oktober im Abstand von ei- ner Woche zwei weitere Tami- len auf der Bremer Ausländerbehörde inhaftiert, zu einem Zeitpunkt, an dem der Innensenat sogar durch das Auswärtige Amt über die unsiche- re, nicht einschätzbare Lage in Sri Lanka informiert worden war.

Durch unsere Demonstrationen, Sitz- und Hungerstreiks, mehrwöchi- gen Mahnwachen, öffentlichen Ver- anstaltungen und Gesprächen mit

Medien und Politikern gelang es uns, die alltägliche und willkürliche Ge- walt, der Tami- len in Sri Lanka aus- geliefert sind, zu einem öffentlichen Thema zu machen. Die offiziellen Stellen dagegen, die über unsere Asylverfahren und Abschiebungen entscheiden, verwickelten sich immer mehr in Widersprüche. Der Bremer Innensenat konnte schliesslich nicht länger verschwei- gen und ignorieren, dass selbst das Auswärtige Amt die Menschenrechtslage derzeit nicht beurteilen kann. In seinem Erlass vom 25. Oktober 2001 ordnete der Innensenat entsprechend der Kenntnislage des Auswärtigen Amtes die erneute Prüfung aller Asylverfahren von Tami- len an. Dieser quasi inoffizielle Abschiebestop bis zur Erstellung und Auswertung eines aktuellen Lageberichtes des Auswärtigen Amtes gönnt uns zwar zur Zeit eine Atempause, aber kei- neswegs eine Erleichterung.

Mittlerweile liegt der neue Lagebe- richt des Auswärtigen Amtes vor. Wie wir befürchtet haben, wurde einmal mehr die Realität verschlei- ert und Tatsachen verdreht. Seiten- weise wurden Textpassagen aus dem vorherigen Länderbericht über- nommen, während die wenigen Än- derungen, die vorgenommen wur-



Im Dezember 2000 erhängte sich der 17 Jährige tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam in der Abschiebehaftanstalt in Hannover-Langenhagen

den, die bedrohliche Lage der Ta- milen beschönigt.

Um unser Leben und das unserer Freunde und Verwandten zu schüt- zen, werden wir nicht aufgeben bis die weiterhin bestehenden Wider- sprüche und Fehleinschätzungen in der Asylrechtsprechung widerlegt, konfrontiert und beseitigt worden sind.

"Gebt den rassistischen Kräften eine Absage und den Tami- len Gerechtigkeit"

Die folgenden Textpassagen sind Auszüge der Rede von Vilupillai Prabakharans, dem Führer der LTTE, anlässlich des Heroe' s Days 2001, gerichtet an die singhalesische Bevölkerung

Die tamilische nationale Frage, die den Charakter eines Bürgerkrieges angenommen hat, ist ein wesent- liches politisches Thema. Wir sind immer noch im festen Glauben, dass dieses Thema mit friedlichen Mit- teln gelöst werden kann. Wenn es ein wirklicher Wille und die Ent- schlossenheit auf Seiten der singhalesischen Führung vorhanden ist, gibt es eine Möglichkeit für eine Einigung und für Frieden. Obwohl 53 Jahre seit der Unabhängigkeit dieser Insel vergangen sind, die singhalesische politische Führung ist immer noch in dem Sumpf rassisti- scher Ideologie gefangen. Deshalb haben sie keine Kenntnis und kein Verständnis entwickelt, die tami- schen Frage objektiv und realistisch zu handhaben. Der Glaube, den ta- milischen ethnischen Konflikt mit repressiven militärischen Mitteln lö- sen zu können, dominiert immer noch das singhalesische politische System. Genau aus diesem Grund hat keine der grossen singhalesischen politi- schen Parteien irgendwelche kon- kreten Projekte oder Rahmenbedin- gungen für eine andauernde Lösung des Konflikts ausgearbeitet. Der in- ternationalen Gemeinschaft ist dies sehr bewusst. Während sich diese

mächtigen Regierungen der Welt für eine friedliche Lösung des ethni- schen Konflikts aussprechen, haben sie immer die srilankischen politi- schen und militärischen Anstrengun- gen unterstützt, um den politischen Kampf der Tami- len zu schwächen.

Unaufhörlich schreien wir nach Frieden. Aber wir stossen bei der Regierung Kumaratunga auf taube Ohren. Nach den Treffen mit den norwegischen Friedensvermittlern in dem Vanni im November letzten Jahres hatten wir einen vier Mona- te anhaltenden einseitigen Waffen- stillstand erklärt, um den Friedensprozess vorantreiben zu hel- fen. Die srilankische Regierung rea- gierte mit einem Lächerlichmachen und der Ablehnung unserer Friedensinitiative und startete pro- vokative Militäraktionen auf unsere Stellungen. Letztendlich unternahm die Regierung einen Grossangriff nur Stunden nach dem Auslaufen unse- res Wafentillstandes. Mit einem entschlossene Gegenangriff konnten wir die Armee in die Flucht schla- gen und der Regierung beweisen, dass die LTTE stark und nicht be- siegbar ist.

Obwohl wir eine beträchtliche Stär-

ke an Personal und Feuerkraft be- sitzen, haben wir für dieses Jahr von einer Grossoffensive auf dem Land abgesehen, um den Friedensprozess voranzubringen. Wir haben im Ein- klang mit den norwegischen Frie- densbemühungen gearbeitet. In dieser Situation hat Kumatatunga die Bemühungen des angesehenen nor- wegischen Friedensvermittler Erik Solheim abgewertet und marginalisiert und ihm vorgeworfen, auf Seiten der LTTE zu stehen. Wir haben vehement gegen diese Hand- lungen protestiert. Nach diesem Vorfall sind die norwegischen Frie- densbemühungen stagniert. Chandrika Kumaratunga ist dafür verantwortlich.

An diesem kritischen historischen Wendepunkt findet eine Parla- mentwahl in Sri Lanka statt. Seit- dem wir unseren politischen Kampf als eine ausserparlamentarische Freiheitsbewegung entwickelt ha- ben, messen wir Parlamentswahlen keine besondere Bedeutung bei. Die LTTE ist aber zu dem zentralen Thema der momentanen Wahlkampfkampagne in Tamil Eelam und dem singhalesischen Sü- den geworden.

Der tamilische nationale Konflikt hat in seiner Bedeutung als das wich- tigste und grundlegende Thema in der srilankischen Politik die politi- schen Kräfte in zwei grundverschie- dene Lager gespalten: in Krieg und in Frieden. Die Wahlen sind zu ei- nem Wettstreit zwischen den Kräf- ten geworden, die nach Frieden dur- sten und denjenigen extremistischen Kräften, die einen Frieden ablehnen. Der allgemeinen Öffentlichkeit ist die Verantwortung auferlegt wor- den, darüber zu entscheiden, ob in der Zukunft Frieden herrschen oder ob der Krieg fortgesetzt wird. Die singhalesische Bevölkerung sollte zu der Erkenntnis gelangen, dass es keinen Frieden, keine ethnische Ausgeglichenheit und keinen wirt- schaftlichen Aufschwung auf der Insel geben kann, solange dem ta- milischen Volk Gerechtigkeit ver- wehrt wird und ihre politischen Rechte nicht durchgesetzt werden.

Weder sind wir Feinde der singhalesischen Bevölkerung, noch ist unser Kampf gegen sie gerichtet. Die unterdrückerische Politik der rassistischen singhalesischen Politi- ker ist verantwortlich dafür, dass Widersprüche zwischen dem

singhalesischen und dem tamilischen Volk aufgetreten sind, die in dem Krieg endeten. Wir führen diesen Krieg gegen einen Staat und seine Armee und Sicherheitskräfte, der fest entschlossen ist, unser Volk mit Waffengewalt zu unterdrücken. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass dieser Krieg nicht nur Auswirkungen auf die Tami- len hat, sondern auch die singhalesische Bevölkerung sehr stark trifft. Tausende unschul- dige singhalesische Jugendliche sind umgekommen aufgrund der repres- siven Politik der kriegstreiberischen herrschenden Elite. Wir sind uns ebenfalls bewusst darüber, das es die singhalesischen Massen sind, die die ökonomischen Bürden des Krie- ges tragen müssen. Deshalb rufen wir die singhalesische Bevölkerung auf, die rassistischen Kräfte, die sich dem Militarismus und Krieg verschrieben haben, zu entlarven und zu verstossen und den Tami- len Gerechtigkeit zu geben, um diesen blutigen Krieg zu beenden und ei- nen andauernden Frieden zu schaf- fen.

(weiter auf Seite 3)